

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	37
Fallverzeichnis	57
Glossar der wichtigsten verwendeten Ausdrücke	63
Einführung	
Problemstellung und kriminalgeografische Verortung	69
A. Der nationale Strafprozess vor der Herausforderung durch transnationale organisierte Kriminalität	
I. Einführung in die Themenstellung	71
II. Methodische Grundlagen	78
B. Russische organisierte Kriminalität als Prototyp transnationaler organisierter Kriminalität	
I. Vorbemerkung	84
II. Annäherung an ein Kriminalitätsphänomen	85
III. Russische organisierte Kriminalität in Europa	94
IV. Russische organisierte Kriminalität in Nordamerika	111
V. Ansätze zu einer globalen Analyse transnationaler organisierter Kriminalität	121
VI. Bilanz und Kritik am Forschungsstand	123
Erster Teil	
Prozessuale Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Strafsachen	127
A. Konzept eines transnationalen Strafprozessrechts	
I. Einführung	129

II.	Begriff des transnationalen Strafprozessrechts	129
III.	Konzeptueller Rahmen der Untersuchung	145
B.	Innerprozessualer Raum als »Normalfall« des Strafprozesses im inländisch-staatlichen Bereich	165
I.	Einführung	165
II.	Auswahl der zu untersuchenden Strafprozessordnungen	166
III.	Konzeptualisierung des prozessualen Raums »nach innen«	169
IV.	Verfahrensgang und normative Anforderungen an die Kognition	185
V.	Zusammenfassung	218
C.	Innerprozessualer Raum im ausländisch-staatlichen Bereich ..	219
I.	Einführung	219
II.	Übergreifende Überlegungen zur Bestimmung der extraterritorialen Geltung von Strafprozessrecht	220
III.	Spektrum rechtlicher Lösungen zur Erstreckung des innerprozessualen Raums auf ausländisch-staatliche Beweiserhebungen	231
IV.	Einfluss der richterlichen Aufklärungspflicht auf die Reichweite des extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – deutsches Prozessrecht als Beispiel	251
V.	Gesamtergebnis	277
D.	Prozessuale Anforderungen an Rechtshilfeersuchen	280
I.	Einführung	280
II.	Rückwirkung völkerrechtlicher Grundsätze auf die Verfahrensrechte der Prozessbeteiligten	281
III.	Materiellrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe	283
IV.	Prozessrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe	309
V.	Gesamtergebnis	331
E.	Prozessuale Anforderungen an die Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien	333
I.	Einführung	333
II.	Anpassung des inländischen Verwertungsrechts an die Rechtshilfezusammenarbeit	333
III.	Stellenwert der Verfahrensfairness	336
IV.	Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des materiellen Rechts	338
V.	Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des Prozessrechts	357
VI.	Gesamtergebnis	375

F. Zwischenergebnis Erster Teil und Ausblick	378
--	-----

Zweiter Teil

Gefährdung der prozessualen Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit durch den Primat des Staats- und Völkerrechts	381
---	-----

A. Stellenwert der Rechtshilfe bei der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität	383
--	-----

I. Einführung	383
II. Unterscheidung zwischen grenzüberschreitender Amts- und Rechtshilfe nach Akteuren	384
III. Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in Theorie und Praxis	395
IV. Formen grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität ..	406
V. Gesamtergebnis	426

B. Regional gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminalgeografischen Raum russischer organisierter Kriminalität	430
--	-----

I. Überblick	430
II. Grundlagen des verwendeten kartografischen Ansatzes	430
III. Europarat	433
IV. Europäische Union	442
V. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	460
VI. Zwischenbilanz	478

C. Regional nicht gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminalgeografischen Raum russischer organisierter Kriminalität	481
--	-----

I. Vorbemerkung	481
II. Rechtshilfepraxis der USA	481
III. Rechtshilfebeziehungen im Rahmen der Vereinten Nationen	511
IV. Ergebnis der Bestandsaufnahme	516

D. Stellenwert und Funktion innerstaatlicher Bewilligungsverfahren für die Rechtshilfe	522
--	-----

I. Unterschiedliche Sichtweisen des Rechtshilferechts	522
II. Innerstaatliche Bewilligungsverfahren in Westeuropa	527
III. Verzicht auf Bewilligungsverfahren in den USA	549

IV. Ergebnis und dogmatische Vertiefung	550
E. Perspektiven einer Rückkehr zu den prozessualen Grundlagen der Rechtshilfe	560
I. Einführung	560
II. Effektivierung traditioneller Rechtshilfe	561
III. Relativierung des traditionellen rechtshilferechtlichen Ansatzes	571
IV. Bilanz	612
F. Zwischenergebnis Zweiter Teil und Ausblick	615

Dritter Teil

Konstruktion eines transnationalen Strafprozessrechts

A. Prozessuale Vermittlung im Rahmen überlieferter Instrumente der Rechtshilfezusammenarbeit	621
I. Einführung und Begriffsklärung	621
II. Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Gewinnungssituation ..	622
III. Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Verwertungssituation ..	628
IV. Ergebnis	653
B. Stellenwert der Menschenrechte in der Rechtshilfezusammenarbeit	655
I. Einführung	655
II. Hindernisse für eine menschenrechtliche Sensibilisierung der Rechtshilfezusammenarbeit	655
III. Fragmentarischer Charakter des Menschenrechtsschutzes im untersuchten kriminalgeografischen Raum	664
IV. Ergebnis	673
C. Prozessuale Vermittlung durch Einstrahlung menschenrechtlicher Schutzpflichten	675
I. Einführung	675
II. Verwertungsrechtliche Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Gewinnungssituation	676
III. Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Verwertungssituation, insbesondere aus <i>fair trial</i> -Sicht	682
IV. Ergebnis	699

D. <i>Fair trial</i> -Standards der EuMRK in der Zusammenarbeit mit Nicht-Konventionsstaaten	700
I. Einführung	700
II. <i>Fair trial</i> -wahrender Inhalt eines forum regit actum-Ersuchens	700
III. <i>Fair trial</i> -wahrende Verwertungsbeschränkungen des ersuchten Staates	701
IV. Ergebnis	712
 Gesamtergebnis	713
Ergebnisthesen	719
Literaturverzeichnis	725

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	37
Fallverzeichnis	57
Glossar der wichtigsten verwendeten Ausdrücke	63
Einführung	
Problemstellung und kriminalgeografische Verortung	69
A. Der nationale Strafprozess vor der Herausforderung durch transnationale organisierte Kriminalität	71
I. Einführung in die Themenstellung	71
1. Anlass und Ziel der Untersuchung	71
2. Gang der Untersuchung	75
II. Methodische Grundlagen	78
1. Kriminologie	78
2. Rechtssoziologie	80
3. Strafprozessrechtsvergleichung sowie Völker- und Europarecht ..	81
B. Russische organisierte Kriminalität als Prototyp transnationaler organisierter Kriminalität	84
I. Vorbemerkung	84
II. Annäherung an ein Kriminalitätsphänomen	85
1. Begriffsklärung	85
a) »Organisierte Kriminalität«	85
b) »Transnationale organisierte Kriminalität«	87
c) »Russische organisierte Kriminalität«	89
2. Kriminologische Erklärungsmodelle	90
a) Methodische Probleme	90
b) Expansionsstrategien russischer organisierter Kriminalität ..	92
c) Struktur russischer organisierter Kriminalität im Ausland ..	93
III. Russische organisierte Kriminalität in Europa	94
1. Deutschland – ein Beispiel für »hartes Eindringen«?	94

a)	Definition organisierter Kriminalität und Lagebilderfassung .	94
b)	Russische organisierte Kriminalität im Spiegel polizeilicher Lagebilder	96
aa)	Quantitative Indikatoren	96
bb)	Qualitative Indikatoren	97
c)	Weitere Beschreibungen organisierter Kriminalität	99
aa)	Bedrohungsszenarien	99
bb)	Gemeinsame Lagebilder Justiz / Polizei	100
cc)	Periodischer Sicherheitsbericht	101
d)	Russische organisierte Kriminalität im Brennpunkt Berlin .	101
e)	Zusammenfassung	103
2.	Schweiz und Italien – Beispiele für »weiches Eindringen«?	103
a)	Schweiz	103
b)	Italien	106
3.	Gesamteuropäische Lagebilder organisierte Kriminalität	107
a)	Europol	107
b)	Europarat	110
IV.	Russische organisierte Kriminalität in Nordamerika	111
1.	USA – ein Beispiel für »hartes Eindringen«?	111
a)	Definition organisierter Kriminalität und Bedrohungsszenarien	111
b)	Bedrohungspерception russischer organisierter Kriminalität im Wandel	113
aa)	Russische organisierte Kriminalität als Einwanderer-kriminalität	113
bb)	Russische organisierte Kriminalität als transnationales Phänomen	116
c)	Zusammenfassung	119
2.	Kanada – ein Beispiel für »weiches Eindringen«?	119
V.	Ansätze zu einer globalen Analyse transnationaler organisierter Kriminalität	121
1.	Interpol	121
2.	Vereinte Nationen	122
VI.	Bilanz und Kritik am Forschungsstand	123

Erster Teil

Prozessuale Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Strafsachen

A.	Konzept eines transnationalen Strafprozessrechts	129
I.	Einführung	129
II.	Begriff des transnationalen Strafprozessrechts	129

1. Ideengeschichtliche Verortung und Definition	129
a) »Internationales Strafprozessrecht«	129
b) »Internationales Zivilprozessrecht« als maßgeblicher Referenzbegriff	131
c) »Transnationales Strafprozessrecht«	133
d) Abschließende Definition	134
2. »International-arbeitsteiliges Verfahren« als konkurrierender Begriff?	134
a) Grundidee	134
b) Prozessuale Verknüpfung von Ausgangsprozess und Indiziengewinnung im Ausland	135
(aa) Grenzen der »non-inquiry«	136
(bb) Wesensverschiedenheit der sonstigen Rechtshilfe	138
c) Menschenrechtliche Verknüpfung von Ausgangsprozess und Indiziengewinnung im Ausland	138
d) Ergebnis	140
3. Sonstige Rechtshilfe als traditioneller Rahmen der Zusammenarbeit	140
a) Grundlagen	140
b) Problem der <i>transplant</i> -Effekte	142
4. Zusammenfassung	144
III. Konzeptueller Rahmen der Untersuchung	145
1. Spannungsverhältnis von Justizförmigkeit und Effizienzorientierung	145
a) Grundsätzliches	145
b) Fallkonstellation: Manipulation durch ersuchten Staat	146
c) Fallkonstellation: Manipulation durch ersuchenden Staat	148
2. Interkulturelle Dimensionen der Rechtshilfezusammenarbeit	149
a) Grundlagen eines Rechtskulturenvergleichs	149
b) Prozessuale Fairnesskultur im Vergleich	151
aa) Einführung	151
bb) Kontinentaleuropa	152
cc) USA	155
dd) Veranschaulichung prozessualer Fairnesskultur	159
3. Konzeptualisierung eines Untersuchungsrahmens	161
B. Innerprozessualer Raum als »Normalfall« des Strafprozesses im inländisch-staatlichen Bereich	165
I. Einführung	165
II. Auswahl der zu untersuchenden Strafprozessordnungen	166
1. Repräsentanten der Rechtstraditionen von <i>civil law</i> und <i>common law</i> : Deutschland und USA (Bundesrecht)	166
2. Transitionsmodelle: Russland und Italien	169
3. Ergänzende Betrachtung weiterer Rechtsordnungen	169

III. Konzeptualisierung des prozessualen Raums »nach innen«	169
1. Kriterien für den Beginn von Strafprozess	169
a) Reichweite der Kodifikation	169
b) Erste Begründung der Stellung eines Prozessbeteiligten	170
c) Inkulpation aus Sicht des Menschenrechts auf einen <i>fair trial</i>	170
d) Zusammenfassung und Ausblick	172
2. Auslandsrechtliche Vertiefung: der Strafprozess nach U.S.-Bundesrecht	173
a) Reichweite der Kodifikation	173
aa) Federal Rules of Criminal Procedure	173
bb) Federal Rules of Evidence	175
b) Begründung der Beschuldigtenstellung	176
c) Ergebnis	178
3. Auslandsrechtliche Vertiefung: der Strafprozess nach russischem Recht	178
a) Reichweite der Kodifikation	178
b) Gesetzliche Anerkennung operativer Ermittlungen	179
c) Begründung der Beschuldigtenstellung	182
aa) Formelle Inkulpation	182
bb) Verleihung prozessualer Rechte an den »Verdächtigen«	182
cc) Auswirkungen operativer Ermittlungen	182
d) Ergebnis	184
4. Zusammenfassung	184
IV. Verfahrensgang und normative Anforderungen an die Kognition	185
1. Einführung	185
2. Deutschland	186
a) Grundzüge des Verfahrensgangs	186
b) Normative Anforderungen an die Kognition	186
3. Russland	189
a) Verfahrensgang	189
aa) Prozessualer Paradigmenwechsel	189
bb) Gliederung in Verfahrensstadien	190
a) Vorgerichtliches Verfahren	190
b) Zwischenverfahren	193
γ) Hauptverfahren	193
b) Normative Anforderungen an die Kognition	195
4. USA	197
a) Verfahrensgang	197
aa) Staatsanwaltliche Ermittlungen, insbesondere unter Einschaltung einer <i>grand jury</i>	197
bb) Anklage und Zwischenverfahren	198
cc) Überprüfung der Anklage durch die <i>grand jury</i>	199
dd) Vorgerichtliches Verfahren	200
ee) Hauptverhandlung	202
b) Normative Anforderungen an die Kognition	203

aa) Einführung	203
bb) Normative Anforderungen in der <i>investigative grand jury</i>	204
a) Prozessuale Situation	204
b) Erster Problemkreis: Aussageverpflichtung von Zeugen aufgrund bemakelter Indizien?	204
aa) Ausschluss der Verwertung wegen Bemakelung aufgrund Verstoßes gegen einfaches Recht	204
bb) Verwertbarkeit trotz Bemakelung aus Sicht des Verfassungsrechts	206
γ) Zweiter Problemkreis: Verwertbarkeit von <i>incompetent evidence</i> ?	209
cc) Normative Anforderungen bei der Erwirkung eines gerichtlichen Durchsuchungs- bzw. Beschlagnahme- beschlusses oder eines Haftbefehls	210
a) Prozessuale Situation	210
b) Beweisrechtlicher Maßstab	211
γ) Materiellrechtlicher Maßstab	213
dd) Normative Anforderungen in <i>preliminary hearing</i> und <i>grand jury review</i>	214
a) Prozessuale Situation	214
b) Beweisrechtlicher Maßstab	215
γ) Materiellrechtlicher Maßstab	216
5. Ergebnis	217
V. Zusammenfassung	218
 C. Innerprozessualer Raum im ausländisch-staatlichen Bereich ..	219
I. Einführung	219
II. Übergreifende Überlegungen zur Bestimmung der extraterritorialen Geltung von Strafprozessrecht	220
1. Traditionelle Unterschiede zwischen <i>civil law</i> - und <i>common law</i> -Rechtsordnungen	220
a) Lokale Verwurzelung des Strafprozesses	220
b) Sensibilisierung für Hoheitsfragen aus der jeweils eigenen prozessuellen Perspektive	221
2. Rechtliche Faktoren zur Bestimmung der Grenze des innerprozessualen Raums im ausländisch-staatlichen Bereich	222
a) Spannungsverhältnis zwischen Verfahrensordnung und prozessuellem Gebot der Achtung fremder Gebietshoheit	222
b) Prozessuelles Gebot zur Achtung fremder Gebietshoheit	223
aa) Innerstaatlicher Geltungsgrund	223
bb) Einfluss außerprozessualer Faktoren	224
a) Staatenpraxis	224
b) Auslegungsprimat der Exekutive	226

cc) Eingang in den Prozess nach prozessrechtlichen Bewertungskriterien	228
c) Prozessuale Grundlagen des Herbeischaffens auslands- belegener Indizien	229
3. Zusammenfassung	231
III. Spektrum rechtlicher Lösungen zur Erstreckung des inner- prozessualen Raums auf ausländisch-staatliche Beweiserhebungen ..	231
1. Fragestellung	231
2. Weitgehende Anerkennung eines extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – das Beispiel des Strafprozesses nach U.S.-Bundesrecht	232
a) Einführende Strukturüberlegungen	232
b) Herbeischaffen auslandsbelegener Beweismittel im Wege der <i>subpoena</i>	233
aa) Rechtliche Grundlage	233
bb) Gefahr der Kollision mit fremder Gebietshoheit	234
cc) Ergebnis	237
c) Herbeischaffen auslandsbelegener Indizien im Wege der <i>deposition</i>	237
aa) Rechtliche Grundlagen	237
bb) Durchführung einer <i>deposition by commission</i> im Ausland	240
cc) Ergebnis	241
d) Herbeischaffen auslandsbelegener Indizien im Wege der Rechtshilfe	241
e) Ergebnis: Kriterien für die Ausübung des gerichtlichen Auswahlermessens	243
3. Strikter Ausschluss des extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – das Beispiel des Strafprozesses nach russischem Recht	244
a) Einführende Strukturüberlegungen	244
b) Ummittelbares Herbeischaffen auslandsbelegener Indizien auf prozessualen Wege?	246
c) Ergebnis	249
4. Rechtsvergleichende Betrachtung	250
IV. Einfluss der richterlichen Aufklärungspflicht auf die Reichweite des extraterritorialen Ausgreifens von Strafprozess – deutsches Prozessrecht als Beispiel	251
1. Einführende Strukturüberlegungen	251
2. Reichweite des innerprozessualen Raums im Hinblick auf ausländisch-staatliche Beweiserhebungen	252
a) Explizite Vorschriften im Prozessrecht	252
b) Anwendbarkeit inländischen Prozessrechts aufgrund konsularischer Rechtshilfe	253
aa) Rechtliche Grundlagen	253

bb) Entscheidung über die Inanspruchnahme konsularischer Rechtshilfe	255
c) Entscheidung über die Art und Weise des Herbeischaffens auslandsbelegener Indizien	256
d) Zusammenfassung	259
3. Insbesondere: Herbeischaffen der Aussage eines Auslandszeugen	260
a) Zulässigkeit der unmittelbaren Ladung vor das erkennende Gericht?	260
aa) Zivilprozess	260
bb) Strafprozess	262
cc) Ergebnis	265
b) Sonderfälle der Ladung im Strafprozess	266
aa) Stellung des Zeugen durch den Angeklagten	266
bb) Selbstladerecht des Angeklagten	266
cc) Ladung vor den ersuchten Richter in das Inland	268
d) Fernvernehmung eines Zeugen im Ausland	269
aa) Schriftliche Beantwortung einer Beweisfrage	269
a) Zivilprozess	269
b) Strafprozess	270
γ) Ergebnis	271
bb) Audiovisuelle Vernehmung	272
a) Zivilprozess	272
b) Strafprozess	274
γ) Ergebnis	276
4. Zusammenfassung	276
V. Gesamtergebnis	277
 D. Prozessuale Anforderungen an Rechtshilfeersuchen	280
I. Einführung	280
II. Rückwirkung völkerrechtlicher Grundsätze auf die Verfahrensrechte der Prozessbeteiligten	281
1. Grundsatz <i>locus regit actum</i>	281
2. Anwendbarkeit des Prozessrechts als <i>lex fori</i>	282
3. Zusammenfassung	283
III. Materiellrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe	283
1. Rechtliche Voraussetzungen in <i>civil law</i> -Ländern	283
a) Vorrang der völkerrechtlichen Verpflichtungsermächtigung ..	283
b) Vorrang der innerstaatlichen Befugnisnorm	285
aa) Ausdrückliche gesetzliche Regelung	285
bb) Rechtsprechungslösung, insbesondere in Deutschland ..	285
a) Erledigung eines Ersuchens nach abweichendem ausländischen Recht kein Hindernis	286
b) Abschneiden von Umgehungsmöglichkeiten	288

(aa) Umgehung im Gewand einer <i>forum regit actum</i> -Bitte	288
(ββ) Fälle direkter Umgehung heimischen Rechts	288
c) Umsetzung des Ergebnisses in die Kategorien des Prozessrechts	289
2. Rechtliche Voraussetzungen in <i>common law</i> -Ländern	289
a) Vorbemerkung	289
b) Lösung nach kanadischem Verfassungsrecht	290
c) Lösung nach U.S.-amerikanischem Verfassungsrecht	292
aa) Anzulegende rechtliche Maßstäbe	292
bb) Insbesondere: Title III als Maßstab	293
cc) Insbesondere: 4. Amendment U.S.-Verf. als Maßstab	294
d) Ergebnis	295
3. Insbesondere: Disziplinierung der Strafverfolgungsbehörden in der grenzüberschreitenden polizeilichen Amtshilfe nach U.S.-Recht	295
a) Einführung	295
b) Das <i>silver platter</i> -Problem als historischer Ausgangspunkt	297
c) Eingreifen des Beweisverwertungsverbots des 4. Amendments bei polizeilicher Amtshilfe im Ausland	299
aa) Ausschluss extraterritorialer Wirkung	299
bb) Abwägungslösung	300
cc) Strenge Lösung	302
dd) Ergebnis	305
d) Übertragbarkeit des Ergebnisses auf die Rechtshilfe	305
aa) Hindernisse	305
bb) Hypothetische Auswirkungen einer Übertragbarkeit	306
e) Ergebnis	307
4. Rechtsvergleichende Betrachtung	308
IV. Prozessrechtlicher Maßstab für die Inanspruchnahme von Rechtshilfe	309
1. Rechtliche Voraussetzungen in <i>civil law</i> -Ländern	309
2. Rechtliche Voraussetzungen in <i>common law</i> -Ländern	311
a) Einführung	311
b) Richterliche Anordnung für Durchsuchungen im Ausland?	312
aa) Lösung im Bereich grenzüberschreitender polizeilicher Amtshilfe: <i>United States v. Verdugo-Urquidez</i>	312
a) Prozessgeschichte	312
β) Argumente	313
bb) Ergebnis	315
c) Geltung der inländischen Anforderungen an das Herbeischaffen der Aussage eines Auslandszeugen im Wege der <i>deposition</i> ?	316
aa) Überblick über die einschlägigen prozessrechtlichen Anforderungen	316
a) Einführung	316

β) Insbesondere: Konfrontationsrecht und hearsay rule	316
bb) Explizite Anforderungen in Rule 15 FRCrimP	318
cc) Weitergehende Anforderungen aus dem Konfrontationsrecht des Beschuldigten	322
(a) Exkurs 1: Zuverlässigkeitssanzeichen statt Konfrontation?	322
(β) Exkurs 2: Konfrontation »von Angesicht zu Angesicht«	326
dd) Ergebnis: Konsequenzen für die Durchführung einer <i>deposition</i> im Ausland	328
a) Technische Lösungen	328
β) Bedeutung absehbarer Mängel	329
3. Rechtsvergleichende Betrachtung	330
V. Gesamtergebnis	331
E. Prozessuale Anforderungen an die Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien	333
I. Einführung	333
II. Anpassung des inländischen Verwertungsrechts an die Rechtshilfezusammenarbeit	333
1. Hauptprobleme bei der Verwertung im Ausland gewonnener Indizien	333
a) Auswirkungen des Fehlens expliziter Verwertungsregeln	333
b) Verschiebung des Problemschwerpunkts auf die Unbemakeltheit nach ausländischem Recht	334
2. Keine kollisionsrechtliche Lösung	335
3. Zusammenfassung	336
III. Stellenwert der Verfahrensfairness	336
1. Verfahrensfairness im europäischen und internationalen Strafprozessrecht	336
2. Hypothesen für die weitere Untersuchung	337
IV. Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des materiellen Rechts	338
1. Rechtliche Voraussetzungen in <i>civil law</i> -Ländern	338
a) Ausdrückliche gesetzliche Regelung der Verwertungsfrage – das Beispiel des russischen Rechts	338
aa) Rechtslage zur Zeit der Geltung des UPK RSFSR	338
bb) Rechtslage nach Inkrafttreten des UPK RF	340
cc) Ergebnis	342
b) Lösung der Verwertungsfrage durch die Rechtsprechung angesichts fehlender gesetzlicher Regelung – das Beispiel des deutschen Rechts	342
aa) Grundzüge der Revisionsrechtsprechung	342
bb) Rechtsprechung im Detail	343

a)	Materiellrechtliche Anforderungen im Ausland weniger streng als in Deutschland	343
β)	Materiellrechtliche Anforderungen im Ausland strenger als in Deutschland	345
cc)	Diskussion	346
dd)	Ergebnis	348
2.	Rechtliche Voraussetzungen in Rechtsordnungen des <i>common law</i>	349
a)	Gemeinsame Ansätze	349
aa)	Traditionelle Gleichgültigkeit gegenüber der Rechtswidrigkeit der Indiziengewinnung	349
bb)	Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Verfahrensfairness	350
cc)	Integrität des Verfahrens als Verwertungsmaßstab	351
b)	Besonderheiten im U.S.-amerikanischen Recht	353
aa)	Verfassungsrechtliche Prägung materiellrechtlicher Anforderungen	353
bb)	Leerlaufen menschenrechtlichen Schutzes	354
c)	Ergebnis	354
3.	Rechtsvergleichende Betrachtung	355
V.	Verwertbarkeit im Ausland gewonnener Indizien am Maßstab des Prozessrechts	357
1.	Rechtliche Voraussetzungen in Rechtsordnungen des <i>civil law</i>	357
a)	Ausdrückliche gesetzliche Regelung der Verwertungsfrage – das Beispiel des russischen Rechts	357
aa)	Rechtslage zur Zeit der Geltung des UPK RSFSR	357
bb)	Rechtslage nach Inkrafttreten des UPK RF	358
cc)	Ergebnis	358
b)	Lösung der Verwertungsfrage durch die Rechtsprechung angesichts fehlender gesetzlicher Regelung – das Beispiel des deutschen Rechts	359
aa)	Grundzüge der Revisionsrechtsprechung	359
bb)	Rechtsprechung im Detail	360
α)	Prozessrechtliche Anforderungen im Ausland weniger streng als in Deutschland	360
αα)	Funktionelle Äquivalenz	360
ββ)	»Wesentliche« Abweichungen	361
γγ)	Grenze des inländischen <i>ordre public</i>	363
β)	Prozessrechtliche Anforderungen im Ausland strenger als in Deutschland	363
γ)	Auswirkungen des Verstoßes gegen ausländische Verfahrensvorschriften	363
cc)	Diskussion	364
dd)	Ergebnis	367

2. Rechtliche Voraussetzungen in Rechtsordnungen des <i>common law</i>	368
a) Gemeinsame Ansätze	368
b) Besonderheiten des U.S.-amerikanischen Rechts	370
c) Ergebnis	373
3. Rechtsvergleichende Betrachtung	373
VI. Gesamtergebnis	375
F. Zwischenergebnis Erster Teil und Ausblick	378

Zweiter Teil

Gefährdung der prozessualen Grundlagen grenzüberschreitender Zusammenarbeit durch den Primat des Staats- und Völkerrechts ... 381

A. Stellenwert der Rechtshilfe bei der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität	383
I. Einführung	383
II. Unterscheidung zwischen grenzüberschreitender Amts- und Rechtshilfe nach Akteuren	384
1. Europa	384
a) Formeller Begriff der Rechtshilfe	384
b) Materieller Begriff der Rechtshilfe	385
c) Einbeziehung nicht-polizeilicher Amtshilfe	386
d) Politische Auswirkungen	388
2. USA	388
a) Historischer Hintergrund	388
b) Begriff der Rechtshilfe	390
3. Zusammenfassung und Ausblick	392
III. Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit in Theorie und Praxis	395
1. Ansätze zur Theoriebildung	395
2. Empirische Studien zur polizeilichen informationellen Zusammenarbeit	398
a) Problemstellung	398
b) Polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzräumen Westeuropas	399
(aa) Euregio Maas-Rhein	399
(bb) Ardennen-Region	401
(cc) Ärmelkanal-Tunnel	403
c) Ergebnis	405
IV. Formen grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität ..	406

1. Einführung	406
2. <i>Intelligence-led policing</i> als Kernkonzept	406
3. Globale Zusammenarbeit über Interpol	409
4. Regionale Zusammenarbeit in Europa	410
a) Vertikale Kooperationsformen	410
aa) Westeuropa: Schengen und Europol	410
bb) Osteuropa: von Alma-Aty nach Ašchabad	412
b) Horizontale Kooperationsformen	415
(aa) Multilaterale Zusammenarbeit im Baltikum	415
(bb) Bilaterale Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa	417
c) Ergebnis	420
5. <i>International law enforcement</i> -Praxis der USA	420
a) Grundzüge	420
b) Zusammenarbeit mit Russland	423
6. Übertragbarkeit der Erkenntnisse aus polizeilicher Zusammenarbeit im Grenzraum auf die Bekämpfung transnationaler organisierter Kriminalität?	424
V. Gesamtergebnis	426
 B. Regional gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminal- geografischen Raum russischer organisierter Kriminalität	430
I. Überblick	430
II. Grundlagen des verwendeten kartografischen Ansatzes	430
III. Europarat	433
1. Grundlagen des Systems der Rechtshilfebeziehungen	433
a) Stellenwert des Europarats	433
b) Sachlicher Geltungsbereich	434
c) Ratifikationsstand	436
2. Relevante »topografische« Elemente	437
a) Beiderseitige Strafbarkeit	437
b) Fiskaldelikte	438
c) Geschäftswege	438
3. Reformdiskussion	440
IV. Europäische Union	442
1. Ausgangspunkt	442
2. Subregionale Vertiefung innerhalb der EG bzw. EU	442
a) Übereinkommen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit	442
b) Zusammenarbeit im Rahmen des Dritten Pfeilers der EU	443
aa) Hintergrund	443
bb) Übereinkommen	444
cc) Gemeinsame Maßnahmen	445
c) Schengener Durchführungsübereinkommen	446

d) EU-Rechtshilfe-Übereinkommen samt Zusatzprotokoll	448
aa) Hintergrund	448
bb) Beiderseitige Strafbarkeit	449
cc) Fiskaldelikte	450
dd) Geschäftswege	451
e) Ergebnis	451
3. Herausbildung eines Bereichs polizeilicher Rechtshilfe	452
a) Vorbemerkung	452
b) Insbesondere: Deutsch-schweizerischer Polizeivertrag	453
aa) Überblick	453
bb) Grundzüge	454
a) Zuschnitt polizeilicher Zusammenarbeitsbereiche	454
b) Verwertungsregeln	454
γ) Geschäftswege	454
c) Insbesondere: Prümer Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	456
aa) Überblick	456
bb) Grundzüge	456
a) Zuschnitt polizeilicher Zusammenarbeitsbereiche	456
b) Verwertungsregeln	458
d) Bewertung	458
4. Konsequenzen für die Einbindung der Staaten Mittel- und Osteuropas	459
V. Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	460
1. Vorbemerkung	460
2. Rechtshilfezusammenarbeit im Herrschaftsgebiet der Sowjetunion	461
a) Entwicklung völkerrechtlicher Rechtsgrundlagen	461
b) Innerstaatliches Rechtshilferecht der Sowjetunion	463
3. Völkerrechtliche Verträge und Verwaltungsabkommen der GUS-Mitgliedstaaten zur Rechtshilfe	465
a) Zwischenstaatliche Übereinkommen zur Rechtshilfe	465
aa) Überblick	465
bb) Relevante »topografische« Elemente	466
b) Abkommen der GUS-Innenministerien über Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung	468
aa) Überblick	468
bb) Kritik aus Sicht des innerstaatlichen Rechts am Beispiel Russlands	469
c) Bewertung	471
4. Beitritt zum System der Rechtshilfebeziehungen des Europarats	472
a) Abgrenzung gegenüber den Rechtshilfebeziehungen im GUS-Raum	472
b) Nationale Vorbehalte	475
aa) Generelle Problematik	475

bb) Vorbehalte am Beispiel des russischen Rechts	476
5. Ergebnis	478
VI. Zwischenbilanz	478
 C. Regional nicht gebundene Rechtshilfebeziehungen im kriminalgeografischen Raum russischer organisierter Kriminalität	481
I. Vorbemerkung	481
II. Rechtshilfepraxis der USA	481
1. Historischer Überblick	481
2. Traditionelle Rechtsgrundlagen	483
a) Eingehende Rechtshilfeersuchen	483
aa) Historische Initiativen	483
bb) Gegenwärtige Rechtslage	485
b) Ausgehende Rechtshilfeersuchen	488
c) Ergebnis	489
3. Abschluss von bilateralen Rechtshilfeverträgen	490
a) Vertragsschlusspraxis	490
aa) Rechtshilfevertrag mit der Schweiz	490
a) Hintergrund	490
b) Bekämpfung organisierter Kriminalität	491
γ) Gefahr des Rückgriffs auf unilaterale <i>common law</i> -Instrumente	493
bb) Rechtshilfeverträge der »zweiten Generation«	494
a) Vorbemerkung	494
b) Italien	495
γ) Kanada	496
δ) Deutschland	497
ε) Russland	498
b) Relevante »topografische« Elemente	499
aa) Beiderseitige Strafbarkeit	499
a) Das »Ob« beiderseitiger Strafbarkeit	499
b) Das »Wie« beiderseitiger Strafbarkeit	502
bb) Fiskaldelikte	503
cc) Geschäftswegs	504
dd) Ausschluss der Klagebefugnis Betroffener	505
4. Beteiligung an multilateral-regionalen Rechtshilfesystemen in Europa	506
a) Vorbemerkung	506
b) Europarat	506
c) EU	507
5. Vergleich zur Rechtshilfepraxis Kanadas	509
a) Grundzüge der Position Kanadas	509
b) Bewertung	510

III.	Rechtshilfebeziehungen im Rahmen der Vereinten Nationen	511
1.	Mustervertrag über Rechtshilfe	511
2.	Rechtshilfevorschriften in deliktsspezifischen Übereinkommen der Vereinten Nationen	512
a)	UN-Suchtstoff-Übereinkommen	512
b)	UN-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität	514
IV.	Ergebnis der Bestandsaufnahme	516
D.	Stellenwert und Funktion innerstaatlicher Bewilligungsverfahren für die Rechtshilfe	522
I.	Unterschiedliche Sichtweisen des Rechtshilferechts	522
1.	Einheitliche Rechtsnatur der Rechtshilfe?	522
2.	Überblick über den Diskussionsstand	523
a)	Vergleich West- / Osteuropa	523
b)	Deutschland	524
c)	Schweiz	526
d)	Italien	527
II.	Innerstaatliche Bewilligungsverfahren in Westeuropa	527
1.	Vorbemerkung	527
2.	Beispiele für die unterschiedliche Ausgestaltung von Bewilligungsverfahren	528
a)	<i>Ex ante</i> -Bewilligung durch zentrale Bewilligungsbehörden – das Beispiel Italiens	528
aa)	Grundstruktur des Bewilligungsverfahrens	528
a)	Eingehende Ersuchen	528
b)	Ausgehende Ersuchen	530
bb)	Bewertung im Rahmen der EU »peer evaluation«	531
b)	<i>Ex ante</i> -Bewilligung durch dezentralisierte Bewilligungs- behörden – das Beispiel Deutschlands	532
aa)	Grundstruktur des Bewilligungsverfahrens	532
a)	Zuständigkeiten	532
b)	Bewilligungsprüfung	534
γ)	Rechtsprechung zur Reichweite der richterlichen Unabhängigkeit	535
aa)	»Dienstreisefall«	535
ββ)	»Geschäftswegefall«	537
bb)	Bewertung im Rahmen der EU »peer evaluation«	539
c)	<i>Ex post</i> -Bewilligung durch zentrale Bewilligungsbehörde – das Beispiel der Schweiz	542
aa)	Grundstruktur des Bewilligungsverfahrens	542
bb)	Inhaltliche Aspekte der Auflagenpraxis	545

3. Prozessuale Vermittlung im Rahmen des Bewilligungsverfahrens?	547
a) Rechtsvergleichende Betrachtung	547
b) Schlussbericht zur ersten Runde der EU »peer evaluations« ..	548
III. Verzicht auf Bewilligungsverfahren in den USA	549
IV. Ergebnis und dogmatische Vertiefung	550
1. Rechtsvergleichende Betrachtung	550
2. Dogmatische Überlegungen	552
a) Historischer Abriss	552
b) Kritik im Lichte des Anliegens prozessualer Vermittlung und rechtspolitischer Ausblick	555
E. Perspektiven einer Rückkehr zu den prozessualen Grundlagen der Rechtshilfe	560
I. Einführung	560
II. Effektivierung traditioneller Rechtshilfe	561
1. Erste Ansätze	561
a) Information über ausländisches Recht	561
b) Austausch von Verbindungsrichtern und -staatsanwälten ..	561
c) Europäisches Justizielles Netz	562
2. Eurojust	563
a) Politischer Hintergrund	563
b) Ausgestaltung	565
aa) Rechtsgrundlagen	565
bb) Funktion und Arbeitsweise	567
3. Bewertung	570
III. Relativierung des traditionellen rechtshilferechtlichen Ansatzes	571
1. Neuerungen in der polizeilichen Rechtshilfe	571
a) Rechtsgrundlagen der automatisierten Personen- und Sachfahndung	571
b) Ausschreibung zur Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung	572
c) Ausschreibung von Personen als Zeugen oder Beschuldigte bzw. von Sachen zum Zwecke der Beweissicherung	573
d) Ergebnis	573
2. Einführung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung in der EU	574
a) Vorgeschichte	574
aa) Politischer Hintergrund	574
bb) Inhaltliche Konturen	575
cc) Angleichung des mitgliedstaatlichen Prozessrechts als integrale Komponente	577
dd) Erste Umsetzungsschritte	578
b) Diskussionsschwerpunkte	579

aa) Grünbuch zum strafrechtlichen Schutz der finanziellen Interessen der EG sowie zur Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	579
bb) Grünbuch zu Verfahrensgarantien im Strafverfahren innerhalb der EU	580
cc) Weitere Vorgaben für die Diskussion	581
c) Zwischenbefund und »state of play«	582
3. Reichweite der EU-Kompetenz zur Angleichung mitgliedstaatlichen Strafprozessrechts	584
a) Einführung	584
b) Standpunkt der Kommission	584
c) Positionen im Schrifttum	585
d) Insbesondere: Diskussion um den Stellenwert von Art. 33 EUV	586
e) Ergebnis	588
4. Erste Schritte zur Umsetzung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung im Strafprozessrecht	589
a) Modell »Europäischer Haftbefehl«	589
aa) Vorbildfunktion	589
bb) Grundzüge des Rahmenbeschlusses	590
α) Effektivierung der Auslieferungszusammenarbeit	590
β) Schutz der Rechtsstellung des Betroffenen	594
γ) Ergebnis	596
cc) Erfahrungen bei der Umsetzung in mitgliedstaatliches Recht	596
dd) Zwischenergebnis	599
b) Transfer auf die Situation der sonstigen Rechtshilfe	599
aa) Europäische Sicherstellungsanordnung	599
α) Effektivierung der Rechtshilfezusammenarbeit	599
β) Schutz der Rechtsstellung des Betroffenen	600
γ) Ergebnis	602
bb) Europäische Beweisanordnung	602
α) Relevanz und Hintergrund	602
β) Ausgehende Beweisanordnungen	604
γ) Eingehende Beweisanordnungen	607
αα) Grundsätzliches	607
ββ) Effektivierung der Zusammenarbeit	607
γγ) Schutz der Rechtsstellung des Betroffenen	608
δ) Ergebnis	611
c) Zusammenfassung	611
IV. Bilanz	612
F. Zwischenergebnis Zweiter Teil und Ausblick	615

Dritter Teil		
Konstruktion eines transnationalen Strafprozessrechts	619	
A. Prozessuale Vermittlung im Rahmen überliefelter		
Instrumente der Rechtshilfezusammenarbeit		621
I. Einführung und Begriffsklärung		621
II. Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Gewinnungssituation		622
1. Verpflichtende Berücksichtigung von verwertungsrechtlichen		
Besonderheiten des ersuchenden Staates		622
2. Darüber hinaus: Grundsatz <i>forum regit actum</i>		623
a) Reichweite		623
b) Inhaltliche Konturen		624
c) Auslegung des <i>ordre public</i> -Vorbehalts		625
3. Ergebnis		627
III. Prozessuale Vermittlung im Hinblick auf die Verwertungssituation		628
1. Grundlagen		628
a) Zwischenstaatliche Konstruktion von Verwendungs-		
bzw. Verwertungsbedingungen		628
b) Prozessuale Beachtlichkeit zwischenstaatlicher Bindungen		629
2. Spezialität als Prototyp der Verwendungsbeschränkung		630
a) Zwecke des Spezialitätsprinzips im Wandel		630
aa) Wahrung der Reziprozität		630
bb) Koordinierung prozessualer Unterschiede zwischen		
civil law und common law		632
a) Pre-trial discovery		632
β) Öffentlichkeit der Hauptverhandlung		633
γ) Gesetzliche Weitergabeverpflichtungen		634
b) Beispiele für Verwendungsbeschränkungen in der		
Vertragspraxis		635
aa) Innereuropäische Rechtshilfebeziehungen		635
a) Westeuropa		635
b) Osteuropa		636
bb) Transatlantische Rechtshilfebeziehungen		637
a) Vorreiterrolle der Schweiz		637
b) Spätere Rechtshilfepraxis der USA		640
c) Auswirkungen auf die Rechtsstellung des Beschuldigten		641
3. Ansätze für Verwertungsbeschränkungen bei der Überwachung		
des Telekommunikationsverkehrs		642
a) Empfehlungen des Europarats		642
b) Erweiterte Regelung im EU-RhÜbk 2000		643
c) Ergebnis		644
4. Weitergehende Verwertungsbeschränkungen im Bereich des		
Datenschutzes		645
a) Unterschiedliche Datenschutz-»Philosophien«		645

aa) Europa	645
bb) USA	646
b) Eingang des Datenschutzes in die europäische Rechtshilfe ..	647
aa) Art. 23 EU-RhÜbk 2000	647
bb) Art. 26 des 2.ZP EuRhÜbk 2001	648
c) Konflikt um den Stellenwert des Datenschutzes in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit	649
aa) Positionen	649
bb) Kooperationsabkommen USA-Europol	650
cc) U.S.-EU-RhAbk 2003	651
5. Zusammenfassung	652
IV. Ergebnis	653
 B. Stellenwert der Menschenrechte in der Rechtshilfe- zusammenarbeit	655
I. Einführung	655
II. Hindernisse für eine menschenrechtliche Sensibilisierung der Rechtshilfezusammenarbeit	655
1. Traditionelle »Menschenrechtsfreiheit« der zwischenstaatlichen Rechtshilfe	655
2. Abgrenzung menschenrechtlicher Schutzbereiche	658
a) Überkommene Abgrenzung	658
b) Insbesondere: Kein dem ersuchenden Staat zurechenbarer Verstoß bei Menschenrechtswidrigkeit der Vornahmehandlung	659
c) Insbesondere: Keine Verletzung des Rechts auf einen <i>fair trial</i> durch den ersuchten Staat	660
aa) im Rahmen des Bewilligungsverfahrens	660
bb) im Zuge der Vornahmehandlung	660
3. Verweigerung der Verantwortungsübernahme	661
a) Grundsatz der prospektiven <i>non-inquiry</i>	661
b) Standpunkt U.S.-amerikanischer Gerichte	662
c) Standpunkt kontinentaleuropäischer Gerichte	663
4. Zusammenfassung	664
III. Fragmentarischer Charakter des Menschenrechtsschutzes im untersuchten kriminalgeografischen Raum	664
1. Regionale Unterschiede im Niveau des völkerrechtlichen Schutzes ..	664
2. Unterschiede in der innerstaatlichen Wirksamkeit	666
a) Problemdimensionen	666
b) Völkerrechtliche Anforderungen an die Umsetzung von Menschenrechtsverträgen in nationales Recht	668
c) Nationale Ansätze im untersuchten kriminalgeografischen Raum	669

aa) Ausmaß der Ausrichtung auf die Spruchpraxis der Konventionsorgane	669
bb) Innerstaatliche Geltung	671
α) EuMRK	671
β) IPbpR	672
cc) Zusammenfassung	673
IV. Ergebnis	673
 C. Prozessuale Vermittlung durch Einstrahlung menschenrechtlicher Schutzpflichten	675
I. Einführung	675
II. Verwertungsrechtliche Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Gewinnungssituation	676
1. Verwertungsproblematik vor dem Hintergrund eines auf die Gewinnungssituation orientierten <i>civil law</i> -Ansatzes	676
a) Grundkonstellationen	676
b) Auswirkung des Anlegens eines menschenrechtlichen Maßstabs	679
aa) Generelle Vorzüge	679
bb) Anforderungen im Ausland gleich streng	680
cc) Anforderungen im Ausland weniger streng	680
dd) Anforderungen im Ausland strenger	681
3. Ergebnis	682
III. Konsequenzen eines Verstoßes gegen Menschenrechte in der Verwertungssituation, insbesondere aus <i>fair trial</i> -Sicht	682
1. Grundzüge der <i>fair trial</i> -Prüfung	682
a) Formeller Schutzbereich	682
b) Materieller Schutzbereich	683
2. Verwertbarkeit im Ausland rechtmäßig gewonnener Indizien	685
a) Recht des Beschuldigten, Fragen an den Belastungszeugen zu stellen	685
aa) Relevanz	685
bb) Weichenstellung in der EuGMR-Spruchpraxis zu Inlandsfällen	686
cc) Übertragung auf die Rechtshilfezusammenarbeit	687
α) Auskunftsperson im Ausland ist »Zeuge« im Sinne von Art. 6 Abs. 3 lit. d) EuMRK	687
β) Sorgfaltspflicht des ersuchenden Staates	687
γ) Besonders vorsichtige Beweiswürdigung.	689
δ) Keinesfalls als einzige Grundlage der Kognition verwertbar	689
b) Allgemeines Recht des Beschuldigten auf einen <i>fair trial</i>	690
c) Ergebnis	690

3.	Verwertbarkeit im Ausland rechtswidrig gewonnener Indizien	691
a)	Überblick	691
b)	Weichenstellung in <i>Schenk v. Switzerland</i>	693
c)	Spätere Entscheidungen	695
d)	Übertragbarkeit auf die Rechtshilfe	697
4.	Zusammenfassung	698
IV.	Ergebnis	699
D.	<i>Fair trial</i> -Standards der EuMRK in der Zusammenarbeit mit Nicht-Konventionsstaaten	700
I.	Einführung	700
II.	<i>Fair trial</i> -wahrender Inhalt eines <i>forum regit actum</i> -Ersuchens	700
III.	<i>Fair trial</i> -wahrende Verwertungsbeschränkungen des ersuchten Staates	701
1.	<i>Ordre public</i> -Vorbehalt als Grundlage	701
2.	Weichenstellung in <i>Soering v. United Kingdom</i>	702
a)	Zurechenbarkeit drohender Menschenrechtsverstöße durch einen Nicht-Signatarstaat	702
aa)	Grundsätzliche Pflicht zur Verantwortungsübernahme .	702
bb)	Erfordernis der Unmittelbarkeit des drohenden Menschenrechtsverstoßes	704
b)	Relativierung von Art. 6 EuMRK in der Auslieferung- zusammenarbeit	705
3.	Übertragbarkeit auf die sonstige Rechtshilfe?	706
a)	Problemstellung	706
b)	Diskussion	707
aa)	<i>Ius cogens</i> -Argument	707
bb)	<i>Non inquiry</i> -Argument	708
cc)	Vorhersehbarkeit	709
dd)	Effektivität der Rechtshilfezusammenarbeit und Begünstigung des Betroffenen	709
ee)	Auswirkungen der Verweigerung auf den Ausgangsprozess	710
c)	Ergebnis	711
4.	Zusammenfassung	711
IV.	Ergebnis	712
	 Gesamtergebnis	713
	 Ergebnisthesen	719
	 Literaturverzeichnis	725